

Bierstädter Zeitung

Amtsblatt — Anzeiger für das blaue Ländchen

Erscheint 3mal wöchentlich Dienstags,
Donnerstags und Samstags. Bezugspreis:
monatlich 45 Pfg., d. die Post vierteljährlich
1 Mk. 1.20 und Beleggeld. :: ::

(Umfassend die Ortschaften: Auringen, Breckenheim, Delkenheim,
Diedenbergen, Erbenheim Heßloch, Igstadt, Kloppenheim, Massenheim,
Medenbach, Nautob, Nordenstadt, Rambach,
Sonnenberg, Wallau, Wildschafen.)

Der Anzeigerpreis beträgt: für die kleinstmögliche
Petitzelle oder deren Raum 15 Pfg. Reklamen
und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro
Zeile mit 30 Pfg. berechnet. Eingetragen in der
:: :: Postzeitungsliste unter Nr. 110 a. :: ::

Redaktion und Geschäftsstelle :: Bierstadt, Ecke Moritz- und Röderstraße. :: Fernruf: 2027. :: Redaktion, Druck und Verlag von Heinrich Schulze in Bierstadt

Nr. 29.

Donnerstag, den 8. März 1917.

17. Jahrgang.

Deutschland

hat nichts zu verbergen.

Ein holländisches Urteil über die wirtschaftliche Lage Deutschlands.

von Dr. B. T. Bunnies, Prof. a. d. Universität Kiel.
Marcel Prebost hat in der „Revue de Paris“ bedeutungsvolle deutsche Urkunden über die Not in Deutschland veröffentlicht. Es wird darin berichtet, dass die Straßennunnen in allen Teilen des Deutschen Reiches, besonders in München, Kiel, Bremen und Hamburg, wobei die Zahl der Verwundeten, besonders der Frauen, sehr hoch sei. So berichtet ein Pariser Korrespondent der Kopenhagener „Nationaltidende“ vom 18. Dezember 1916. Die „Nationaltidende“ ist wohl die vornehmste dänische Zeitung. Wir wollen ihr nicht zutrauen, daß sie wider besseres Wissen solche Lüge verbreitet, da sie sich doch besser als ein Franzose in der Lage befindet, sich über die Tatsachen zu orientieren zu halten.

Die Unruhen, von denen im Dezember 1916 erzählt wird, haben sich nicht später als in der ersten Hälfte des Jahres 1916 zugetragen, sie waren zumeist durch die vielleicht böswillig ins Volk hineingetragene Meinung verursacht, daß bei Zuteilung der Brotmarken nicht gerecht verfahren werde. Inzwischen das Brotkartensystem das Stück unserer inneren Organisation geworden, das am vollkommensten ausgebildet wurde und sich am vollkommensten eingelebt hat. So müssen wir denn mit höchstem Bedauern in französischen „Revue“ und ihren dänischen Freunden fundieren, daß diese niemals bedeutenden Unruhen sich nirgends wiederholt haben und daß dem 1. Juli 1916 nicht mehr vorgekommen sind. Immerhin möchte es angebracht sein, das zärtliche Wohlwollen an die Vorgänge zu erinnern, die sich im südlichen Frankreich im Juni 1907 ereigneten, als das 17. Infanterie-Regiment sich meuternd den Anführern anschloß — das war im tiefen Frieden, und es handelte sich um Wein, nicht um Brot. Auch in den Jahren 1909, 1910, 1911 gab es in Frankreich Unruhen, die sich zu den bei uns im Kriege vorkommenden verhalten wie Orkane zu einer Brise. Sie stellenweise den Charakter eines Bürgerkrieges annehmen.

Vor einigen Monaten haben auf Einladung der deutschen Regierung 14 Personen aus sechs neutralen Ländern, darunter Vertreter feindlicher gesinnter Parteien, eine Reise durch das rheinisch-westfälische Industriegebiet gemacht, um sich über den wirtschaftlichen Zustand zu orientieren. Vor uns liegt ein Bericht des holländischen Gelehrten Prof. Ernst Stuart (29 Seiten). Er faßt sich (S. 5) hin zusammen, der Eindruck habe wohl bei allen Teilnehmern sich aufgedrängt, daß

Deutschland nichts zu verbergen

Er meint, Deutschland könne getrost — mit seinen Schutzmaßnahmen gegen Spionage — England und Frankreich erlauben, je eine gewisse Zahl in ihrem Lande wohlangelegener Personen auf gleiche Weise in Deutschland reisen zu lassen. Freilich beweise die Art, wie man sich in England verhält, daß man hier gegen das Eindringen der Wahrheit sich offensichtlich blockiert. Wenn die Abneigung der Feinde, von Frieden zu sprechen, in der Hoffnung beruht, Deutschland durch den Wirtschaftskrieg zu erzwingen, so sei es abzuwarten, daß sie so schnell als möglich durch eigene Anschauung sich die Ueberzeugung bilden und befestigen, daß wenigstens diese Erwartung eitel helfen müsse. Es sei ein schredlicher Gedanke, daß der Krieg fortgesetzt würde auf Grund von Unkenntnis in betreff der Folgen, die der Handelskrieg für Deutschland habe.

Dies Urteil begründet der Verfasser in eingehender Weise, indem er die Schwierigkeiten nicht verheimlicht, die er angetroffen und beobachtet hat. Stuart bedingt verständnisvoll die Rationierung unserer Lebensmittelversorgung, die Kriegslagen, von denen doch nur ein kleiner Teil der großstädtischen Einwohner genötigt hat, Gebrauch zu machen, die Wohnverhältnisse und Sporenlagen, er berichtet über die Sterblichkeit, besonders der Säuglinge, über die Ausfuhr von Arbeitskräften und allerlei Kriegsfürsorge. Der die Ausfuhr der Friedenswirtschaft und über den letzten Tag, den die Reisegäste in Essen zu machen, wo sie auch die Wohnungsverhältnisse mit Veränderung kennen lernten. In der Sorge für die Arbeiterwohlfahrt sei Deutschland weit voran.

England, Frankreich und andere Länder. Wie es doch möglich, daß man sich erdreiste, ein solches Volk als „Gnaden und Barbaren“ zu brandmarken? — Dazu möge bemerkt werden, daß diese Schimpfblätter einen ausländischen Kenner Deutschlands mehr

franken als uns. Alle Namen, die uns in Preßorganen wie „Daily Mail“ (bei gebildeten Engländern als „Täglicher Vagner“ bekannt) beigelegt werden, dürfen wir getrost als Ehrennamen betrachten. Stuart erzählt, der Oberbürgermeister von Köln habe bei seiner Ansprache an die Reisegesellschaft im Gürzenich gesagt: Deutschland verlange von seinen Besuchern nichts als Wahrheit und Gerechtigkeit in Mitteilung und Beurteilung dessen, was sie sahen. „Wie“, ruft der Niederländer aus, „steht das Ausland in dieser Hinsicht gegenüber Deutschland zurück, vor und während des Krieges?“ Er knüpft daran ein ernstes Wort für seine Landsleute und die niederländische Presse. Er beklagt, daß von gewichtigen Seiten ein Element der Feindschaft gegen Deutschland im Volkselement der Niederlande angefaßt worden sei, das nach dem Kriege einem guten Verhältnis zwischen den Staaten und ihren Bewohnern Abbruch tun könne.

Der Gelehrte schließt seine Betrachtungen mit folgenden Sätzen:

„Der Hauptindruck, den wir aus Deutschland mitgebracht haben, dürfte sein: daß ein ungebrochenes Vertrauen herrscht

auf ein befriedigendes Ende dieses dem Lande aufgedrückten Kampfes auf Leben und Tod, und daß auch jetzt noch im Volke eine gewaltige Reserve von moralischer und materieller Kraft vorhanden ist.“

Diese Kraft, das könne man, wie auch der Krieg ferner verlaufen möge, mit Sicherheit voraussagen, sei nicht zu vernichten. „Man kann gewiß sein, daß sie auch nach dem Friedensschluß durchwirken wird, und man darf da nicht nur vertrauen, man muß auch hoffen, daß es so sein wird, da die Früchte davon nicht nur Deutschland, sondern der ganzen Welt und in erster Reihe auch unserem Lande (Holland) zugute kommen werden.“

Sozialpolitik und Sozialpolitik.

Der sozialpolitische Etat vor dem Reichstagsausschuß.

Der Etat des Reichsamtes des Innern ist dem eigentlichen sozialpolitischen Etat des Reiches. Diesem allumfassenden Umte ist ja alles zugeteilt worden, was sonst kein Unterkommen zu finden vermochte, und dazu gehörten auch die kleinsten Anfänge unserer sozialpolitischen Reichsbedeutung. Allmählich hat dieser Zweig der Aufgaben des Amtes alles andere überwuchert.

Gegenwärtig greift der Krieg unendlich tief ins Wirtschaftsleben hinein und schafft damit auch unendlich viele neue sozialpolitische Probleme. Daher gewinnt die Verhandlung des Reichshaushaltsausschusses auf diesem Gebiete denn auch erhebliche Bedeutung.

Die Sozialdemokratie hatte eine Art Grundlage für diese Verhandlungen geschaffen durch eine sehr weitgehende Resolution, wonach

schleunigst neue, für das ganze Reich wichtige Arbeiterschutzvorschriften, namentlich für diejenigen Betriebe der Munition-, und Schwerindustrie, die besonders gefährlich sind, erlassen und mit Hilfe der Bundesstaaten durchgeführt werden sollen. (Allgemeine Achtstundenschicht, bessere Unfallversicherung, umfassende Vermehrung des Inspektionspersonals, auch durch Beurlaubungen und Reuanstellungen.) Weiter sollen die Kräfte der Abteilung für Arbeiterstatistik des Reichsamtes Reichsamts erheblich vermehrt und die Fertigstellung statistischer Feststellungen über die Frauenarbeit usw. beschleunigt werden.

Ein sozialdemokratischer Redner führte dazu aus, wenn in gewissem Sinne mit der menschlichen Kraft Raubbau getrieben werden müsse, wenn Frauen in Bergwerken unter Tage beschäftigt werden und noch stärker herangezogen werden sollten, so muß man auch an Schutz denken. Viele Unglücksfälle sind auf den Mangel an Schutzvorschriften zurückzuführen. Die Ueberwachung des Arbeiterschutzes hat sich durch die Einrichtungen des Reichsamtes verschoben, die Zivilbehörden sind durch die Militärbehörden zurückgedrängt; das war nicht die Absicht des Ermächtigungsgesetzes vom 4. August 1914. Nach einem Rundschreiben des Reichslandtags darf nur in Ausnahmefällen ein Nachlaß der Schutzvorschriften eintreten; die nachgeordneten Behörden und die Entwicklung der Verhältnisse haben die Ausnahme zur Regel werden lassen. Die achtstündige Schicht ließe sich viel allgemeiner durchführen. Eine genaue Statistik ist unentbehrlich, sie kann auf Grund der letzten Volkszählung hergestellt werden.

Der Unterstaatssekretär des Reichsamts des Innern erklärte, daß diese Dinge genau verfolgt werden und alles geschehe, was geschehen könne. Ein allgemeiner Dispens von den Schutzbestimmungen besteht nicht. Die Regelung liegt bei den Bundesstaaten. Der Erlaß des Reichslandtags gibt ausreichende An-

stehenden Verhältnisse möchten konkrete Angaben gemacht werden.

Der Vertreter der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft verlangt Wiederherstellung des Arbeiterschutzes, völliges Verbot der Frauennachtarbeit und daß in dichtbesiedelten Stadtteilen Munitionsfabriken nicht angelegt werden.

Ein konservativer betont, die Verheimlichung unvermeidbarer Unfälle fördere nur übertriebene Gerüchte. Im Kriege müssen aber dessen Anforderungen erfüllt werden, die Resolution gehe zu weit. — Derselben Meinung ist ein Nationalliberaler.

men. Die achtstündige Schicht läßt sich vielfach nicht durchführen, zumal wo Frauen und Männer zusammenarbeiten. In diesen Fällen haben sich die Behörden sorgfältig um den Schutz zu kümmern. Auch die Nachtarbeit läßt sich nicht immer vermeiden. Wir gehen lange nicht so weit wie z. B. England. Natürlich soll vermieden werden, Frauen unter Tage zu beschäftigen. Die Unfallvorschriften gelten unverändert fort. Für die eingezogenen Gewerbeinspektoren ist Ersatz geschaffen worden, auch Frauen werden gesammelt, um im Frieden nutzbar gemacht werden zu können; in dieser Hinsicht wird nichts vernachlässigt. Bei Beschwerden kann es sich nur um Maßnahmen handeln.

Der Vertreter der Deutschen Fraktion erklärt, die deutsche Sozialpolitik sei allen anderen voran. Jetzt könne man den Antrag nicht annehmen, es gelte anderes zu tun. — Ein Fortschrittler weist darauf hin, daß ausländische Zeitungen übertriebene Darstellungen über die Unglücksfälle bringen, denen man in Deutschland nicht entgegenrete. Es fehle vielfach an der Durchführung der Unfallvorschriften. Die Munitionsindustrie sei in vielen Zweigen nicht besonders gesundheitsgefährlich. Wo es geht, solle man die Achtstundenschicht einführen. Die Nachtarbeit für Frauen läßt sich nicht entbehren. Man wolle die Resolution dem Reichslandtag als Material überweisen.

Ein Sozialdemokrat tritt den Einwendungen entgegen. Die Fabrikinspektion müsse von unabhängigen Personen ausgeübt werden. Ueber die be-

Im Hauptausschuß des Reichstages wurden folgende Entscheidungen angenommen: Die Familienzulage von 20 Mark für die Kriegsfrau und zehn Mark für jedes Kind auch während der Sommermonate weiter zu zahlen; die Wochenhilfe während des Krieges auszubehalten auf die Ehefrauen der im Vaterländischen Hilfsdienst tätigen Personen, soweit eine Bedürftigkeit vorliegt; den Kriegsvöch-herinnen künftig 1,50 Mark (statt bisher 1 Mark) pro Tag Unterstützung zu gewähren.

Der deutsche Schlachtenbericht.

Großes Hauptquartier, 7. März 1917. (W.F.B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

An der Scarpe, beiderseits von Ancre und Somme, in der Champagne und auf dem Ostufer der Maas herrschte gestern rege Artillerietätigkeit; mehrfach kam es auch zu Gefechten von Aufklärungsabteilungen mit der Grabenbesatzung.

Abends griffen die Franzosen an der Nordostfront von Verdun unsere neuen Stellungen am Courrieres-Wald an; sie sind durch Feuer abgewiesen worden.

Klares Wetter begünstigte die Flieger in Erfüllung ihrer Aufgaben. In zahlreichen Luftkämpfen sind 15 feindliche Flugzeuge abgeschossen worden. Wir haben durch gegnerische Einwirkung ein Flugzeug verloren.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen Ostsee und Schwarzem Meer ist bei nachlassender Kälte in einzelnen Abschnitten das Feuer lebhafter geworden; die Tätigkeit der Infanterie blieb noch gering.

Mazedonische Front.

Zwischen Bardar und Doiran-See und in der Etruma-Niederung schlugen unsere Posten Vorstöße englischer Kompagnien zurück.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Verfassungsumsturz in Amerika.

Wilson als Schieber.

Das amerikanische Oberhaus, der „Senat“, tanzt nicht, wie Wilson pfeift. Eine Gruppe von elf aufrechten, unbestechlichen Männern ist in diesen Tagen in schärfste Opposition getreten und setzt Wilsons Plänen einen starken Damm entgegen. Viele Stunden lange Dauerreden werden gehalten, ein Dauerredner ist den andern ab. Doch diese Männer diese harte Arbeit und dazu die feindselige But der Wilsonmehrheit auf sich

nehmen, wenn, wie er in ihr Widerstand ihnen ist, und wie groß die nationale Gefahr ihnen erscheint, in die der Präsident im Dienste Englands und der Munitionsfabrikanten den Staat hineinsetzt.

Da greift nun Wilson zu einem äußersten Mittel:

Verfassungsänderung!

Das ist seine Parole im Hilfsdienst für John Bull. Der vielgewandte Wilson, Professor, Politiker, Präsident, Weltfriedensapostel, Schutzherr der Munitionsfabriken, Kriegsfürst, — versucht sich als Schlichter.

Denn ohne eine ganz gewöhnliche Schlichtung freilich sehr gefährlicher Art kann er diesen Gegnern nicht beikommen, weil sie genau an die Bestimmungen der Verfassung sich halten. Diese bietet nämlich keinerlei Handhabe, die Obstruktionstendenzen durch einen Antrag auf Schluß der Debatte zu beendigen, wie das bei uns in solchem Falle geschehen würde. Die einzige Möglichkeit für Wilson ist nun die, eine Verfassungsänderung durchzusetzen, die die Schlichtung der Debatte auf Mehrheitsantrag gestattet. Nur so können die widerspenstigen

Obstruktionssensoren mundtot gemacht werden. Das ist, so einfach es aussieht, ein Staatsstreich. Das eben ist ja der Zweck des Verfassungsgrundgesetzes, wonach „Schluß der Debatte“ nicht erzwungen werden kann, die Vergewaltigung der Minderheit zu verhindern. Wilson

rüttelt an der Grundlage der Verfassung, indem er für Schaffung eines Geschäftsordnungsparagraphen eintritt, der der alten, bewährten Verfassung zum Trotz eine maßvolle, weitblickende Minderheitsverhinderung durch einen großen Haufen kurzschliger, aufgeregter Schreier preisgibt.

Im Senat ist sein härtester Feind.

Gegen die oppositionellen Senatoren wendet er sich mit aller Kraft und Leidenschaftlichkeit. Eine politische Schiebung, ein Attentat auf die Verfassung, ein Angriff auf den Staatsgrundgedanken sollen ihm helfen. Ob das alles hilft? Er sieht tief in der Tiefe.

In Amerika sitzt ein Präsident, der ist mit seinem Latein zu Ende!

Die Engländer fürchten Verschleppung.

Sie erkennen wohl, was alles auf dem Spiele steht, und geben schon der Besorgnis Ausdruck, daß die konstitutionelle Krise in Washington und die Verschleppungstaktik der Minderheit die Mobilisierungsvorlage und die aktive Beteiligung Amerikas am Kriege auf längere Zeit verzögern werde.

Da dürften sie sehr recht haben!

R. B.

Allgemeine Kriegsnachrichten.

Knappere Nationen für die deutschen Gefangenen in England.

Amlich wird in England mitgeteilt, daß die neuen Verpflegungssätze für die deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen der jüngsten Bekanntmachung des Lebensmittel-Kontrollenurs entsprächen und von ihm gebilligt seien. Bisher hätten die Gefangenen mehr erhalten, als den von Lord Devonport empfohlenen freiwilligen Einschränkungen des Lebensbedarfs entsprechen würde.

600 000 englische Rekruten „Z. II.“

Im Frieden gingen in England Staat und Gesellschaft ebenso achtlos und erbarmungslos an den furchtbaren sozialen und hygienischen Zuständen vorüber, die seit langem in den unteren Schichten, auf die sich heute die Rekrutierung in erster Linie angewiesen sieht.

Fein gesponnen.

Eine Erzählung vom Balkan von Adolf Flachs.

(Nachdruck verboten.)

Der Diener Franz davon, kam bald wieder zurück und geleitete Galin in den großen Empfangsalon. Hier mußte er eine Weile warten. Er setzte sich in einen Kouten. Um seiner Aufregung Herr zu werden, wollte er sich dazu zwingen, die prunkvolle Ausstattung des Gemaches mit größter Aufmerksamkeit zu bewundern, allein seine Gedanken glitten flüchtig, gedankenlos über die weiß und blau gemusterten, durch breite Silberstreifen belebten Tapeten hin und blieben selbst nicht an den die Wände glänzenden Meisterwerken der Kunst hängen, sondern huschten über die mannigfachen Prospektmöbel hinab, streiften die weichen, echten Teppiche, welche vom glänzenden Parquet nur wenig sehen ließen.

Da ging die Tür auf.

Galin erhob sich rasch.

„Bin ich nicht tapfer?“ sagte Marika, nachdem sie Galins Gruß durch ein freundliches Kopfnicken beantwortet hatte. „Bei uns zu Lande ist es ja nicht Sitte, daß junge Mädchen Herren allein empfangen. Aber Sie sehen, ich bin sehr emancipiert... ha, ha, ha, ha... wie nämlich meine lieben Eltern behaupten... Aber bitte, nehmen Sie doch Platz — so — und mir gestatten Sie wohl, meinen geliebten Schokoladebrot zu genießen. Also, eine wichtige Angelegenheit führt Sie hierher. Ich glaube — ich fürchte fast, daß ich errate —“

„Sie fürchten?“

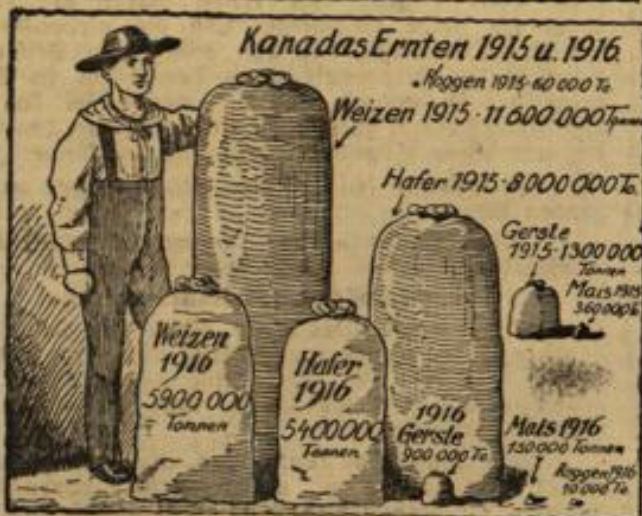
„Na, na, Herr Galin, machen Sie doch nicht gleich ein solches Gesicht!“

„Fräulein Marika, Sie sind grausam, Sie scherzen, wenn es mir so schwer zu Rute ist. Gewiß, Sie haben es erraten, aber ich kann nicht raten und weiß nicht, ob ich hoffen darf oder fürchten muß. Ich prüfe Ihren Blick, den Sie mir hier und da schenken; bald scheint es mir, als suchten Sie mit Innigkeit und Wärme in meinem Herzen zu lesen, bald aber als sähen Sie gleichgültig über mich hinweg, gedankenverloren in die Ferne. Die Unwissenheit nagt an meiner Seele. Fräulein Marika, Sie sind eine rätselhafte Sphinx!“

Die englische Volksgesundheit untergraben. Jetzt macht, wie der „Baseler Anzeiger“ vom 14. Februar mitteilt, in weiten Kreisen des englischen Volkes die Mitteilung Aufsehen, daß sich volle 600 000 Rekruten nach kürzerer Dienstzeit als dauernd untauglich erwiesen haben. Die Leute mußten, größtenteils gesundheitlich völlig ruiniert, wieder entlassen werden, ohne einen Penny als Entschädigung zu erhalten.

Politische Rundschau.

Die Hageration der Zugtiere beschäftigte den Haushaltsausschuß des Preussischen Abgeordnetenhauses. Es wurde ein konservativer Antrag angenommen, der eine erhöhte Hagemenge für Zugtierfütterung verlangt. Es wurde geltend gemacht: Die Hageration sei viel zu gering. Während man früher 25 Pfund Hafer auf ein Pferd rechnete, stehen jetzt nur vier Pfund zur Verfügung. Dabei sei die Hagerente gut gewesen, und die Nationen könnten erhöht werden. Das müsse geschehen, weil die anderen Futtermittel, z. B. Rübenschnitzel, den Landwirten vorenthalten würden. Mit geschwächten Tieren könne man aber die Feldbestellung nicht richtig ausführen, und das werde den Ernteertrag sehr ungünstig beeinflussen. Die Militärverwaltung müsse Hageren vorrätig abgeben. Die Organisation für die Verteilung der Futtermittel habe völlig versagt. Kleie sei z. B. genügend vorhanden, und verschiedene Großmühlen hätten erklärt, nicht weiter arbeiten zu können, wenn ihnen die Kleie nicht abgenommen werde. Infolge Zurückhaltung der Futtermittel sei das Vieh abgemagert, und viel Fett und Fleisch gehe verloren. Auch die Milch-erzeugung sei sehr zurückgegangen.



Der Hunger droht in England.

Englands Hauptgetreidelieferant, die Vereinigten Staaten, haben in diesem Jahre bei der Weizenernte so große Ausfälle gehabt, daß für die Weizenausfuhr so gut wie nichts zur Verfügung steht.

Noch schlimmer steht es in einem anderen Hauptgetreideland für England, in Kanada.

Abgeordnetes Haus.

— Berlin, 6. März.

Auf der Tagesordnung stand am Dienstag die zweite Lesung des

Landwirtschaftsetats.

Nachdem an Stelle des erkrankten Abg. Frhrn. v. Hedlitz (freikons.) der Abg. Brütt (freikons.) zum Erbsatzpräsidenten gewählt worden war, begann die Aussprache.

Abg. von Kessel (kons.) erstattet eingehenden Bericht über die Verhandlungen des Ausschusses.

Ein Antrag Brütt (freikons.) ersucht die Regierung, dahin zu wirken, daß nicht-kriegsbedingte kriegsfähige Soldaten soweit wie möglich für landwirtschaftliche Arbeiten überwiesen werden, und daß der Landbesitz, welche von den für industrielle und gewerbliche Zwecke in Anspruch genommen, für landwirtschaftliche Arbeit geeigneten Kriegsgefangenen für die Dauer der Saatbestellung und der Ernte der Landwirtschaft zugeführt werden können.

Abg. Dallenborn (sen.) spricht über den Mangel an Brotgetreide, Kartoffeln, Obst und Gemüse und klärt, die landwirtschaftliche Bevölkerung werde getötet, um die Ernährung sicherzustellen.

Abg. Brütt (freikons.): Die Kommission war darüber, daß von einem Anbauzwang keine Rede könne. Vielen Landwirten hat man die Kriegsgefangenen wieder entzogen. Sie müssen ihnen wieder Verfügung gestellt werden.

Abg. Hirsch (kons.): Überall zeigt sich der Gegensatz zwischen Produzent und Konsument. Die Preissteigerung ist eine nationale Angelegenheit ersten Ranges. Vor allem Förderung der Erzeugung! Wollte dem Landwirt Gespanne und Leute wegnehmen, würde dies den Hungertod unseres Volkes bedeuten. Unbegreiflich ist es, wenn man die Viehpreise besetzen will.

Abg. Westermann (natlib.): Für die notwendige Förderung der Produktion ist Hauptbedingung, sie sich lohnt. Produktionszwang ist undurchführbar. Herabsetzung der Höchstpreise für Vieh würde Verbilligung des Fleisches kaum zur Folge haben.

Abg. Lippmann (fortsch. Vp.): Den Gegensatz zwischen Stadt und Land wollen wir, wo er vorhanden ist, überbrücken. Die Förderung der Produktion verlangt keine Steigerung der Preise. Die Landwirtschaftsanstalten sind fast nur vom Erzeugerpunkt organisiert. Eine Schraube ohne Ende, die Mittel aus der Bevölkerung. Man hat Getreide, Kartoffeln und Milch veräußert und die Städte mit Viehfutter, die Wälder, überlassen.

Das Haus vertagt sich. Am Mittwoch wird die Beratung fortgesetzt werden.

Der Preussische Landtag über Ernährungsfragen.

— Berlin, 7. März.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Meyer-Frankfurt den Vortragslaut seiner jüngsten Missionen über den Kohlenmangel.

Hierauf wird die zweite Lesung des Landwirtschaftsetats

fortgesetzt.

Abg. von Kardorff (freikons.): Es bestehen viele Kriegsorganisationen. In den Städten und in den Kreisen herrscht chronischer Kartoffelmangel. Erhöhe den Kartoffelpreis von 4 auf 8 Mark. In der Versprechung billiger Preise hat man die dänische Not in den Städten organisiert und daß gegen Landbevölkerung gefürchtet. Der Konsumverweiger jeder Beschreibung. Erhöhung des Butterpreises genug Butter bringen. Hoffentlich werden die Verbände, die der Landwirtschaftsminister beim Amt des Innern und beim Kriegsernährungsamt den hat, befristet.

Landwirtschaftsminister Frhr. von Schorlemer-Moritz (fortsch. Vp.) spricht gegen die landwirtschaftliche Verwaltung in Preußen sind geradezu verhängnisvoll. Die Kriegsorganisationen haben den Einfluss preussischen Landwirtschaftsministers im weitesten Maße abgeschwächt. Der nötige Ueberblick ist mir ganz unmöglich gemacht. Ich habe die Beförderung der Arbeiter und der Städter stets im Auge gehabt. Nach einer Zeitungsnachricht soll im Regierungskriter für die Kartoffeln bereits der Anbau

freut, daß sie diesen Abend ganz allein mit ihren Gedanken verbringen können, da heute fast heute Galin

men und gerade heute ihr sagen, was sie schon abtute, ja sogar wußte. Und dann dachte sie: warum er mich mit diesem Geständnis überlastet, sozusagen fallen? Konnte er, der kluge Mann, es sich nicht denken, daß ich selbst noch nicht weiß, ob ich ihn liebe oder nicht? Ich wäre er doch nicht gekommen! Ein guter, tüchtiger Mensch! Das ist er zweifellos. Freilich, schön, man ihn nicht heißen, nicht einmal hübsch. Die allzeitige Gestalt, die massiven Glieder, der ruppige Schbart und das harte glatt gekämmte Haar und die funke, rote Gesichtsfarbe! Und dann — seine wirklich angenehme Aufregung! Und! Wie ganz anders das Toporeanu — ein Salonheld und schön dabei! Und geschmeidiges Wesen, weiches sicheres Auftreten, und flug vorläufig und rücksichtslos er spricht. Ob, und Seele. ... Vielleicht harmonisiert das Aeußere mit dem Innern sogar wahrscheinlich. — Ich habe Galin heimlich. Ich kann seinen Abschied das Lächeln nicht aessen — es war so traurig.

Marika horchte plötzlich auf: aus der Ferne ergab sich, aber deutlich ein Lied:

„Küßte, Eichenblatt, und sage mir, wenn wieder sie bei Tage zu dem Brunnen kommt im Garten Will verheißt ich auf sie warten, Will derweil ihr Weiden brechen; Muß nur zärtlich von mir sprechen, Wenn sie dann ihr Köpfchen neigt Lächelnd und errötend schweigt, Küßte sie lauter nur, dann schleich ich Schnell die Hölle, dann entweich ich.“

Von Vasilje Alexandri, deutsch von Carmen Zeller.

Die wehmütige Volkswaise, die abendliche Silbe, Mondscheinpracht verschleht ihre Wirkung nicht — riga weinte und wußte eigentlich nicht warum.

Galin sah, von seltsamen Gedanken bewegt, in die Ferne (Droschke), die ihn wieder nach Hause bringen. Trotz der jetzt ziemlich frisch wehenden Luft war es immer heißer, je mehr er sich bemühte, mit Bernadette

(Fortsetzung folgt)

eingeführt sein. Ich bin als Landwirtschaftsminister für Preußen hiernach

nicht gefragt worden

(Stürmisches Hört! hört! rechts und im Zentr.), und ich habe mich genötigt gesehen, mich an den Regierungspräsidenten in Trier mit der Frage zu wenden, ob die Nachricht richtig und auf Grund welcher Bestimmungen eine solche Verordnung erlassen ist. Einerseits für den weitgehenden Einfluss und die engen Beziehungen zwischen dem preussischen Landwirtschaftsministerium und den leitenden Stellen im Reich bildet die Eingabe der deutschen Gewerkschaften an den Reichsfinanzminister und das Kriegsministerium. Sie ist datiert vom 21. Februar. Ich habe von dieser Eingabe gestern durch die Nummer des „Vorwärts“ vom 4. März Kenntnis erhalten. (Stürmisches Hört! hört! rechts und im Zentr., Bewegung.) Wenn ich auch diese Klagen verstehe, so kann ich es doch nicht gerechtfertigt finden, dass sie sich zu einer

Anklage gegen mein Ressort und meine Person, gegen die Regierung, die Behörden und die Landwirte verdichten. Die Darstellung dieser Eingabe über die Kartoffeln ist ungenau durch jede Sachkenntnis. Die Anbaufläche ist 1916 gegen 1915 um über 20 000 Hektar gestiegen. Ich kann für diese Eingabe keine andere Bezeichnung finden als den harten Ausdruck, dass ich es ehrlich und tief bedauere, dass die Gewerkschaften und vor allem die christlichen Gewerkschaften sich dazu haben verleiten lassen, ein solches Nachwerk mitzuunterzeichnen, das

verheerend wirken muß.

in der Stimmung zwischen Stadt und Land. Mein Bestreben ist, die direkte Lieferung des Landes an die Stadt durch Lieferungsverträge zu ermöglichen. Der aus der Zeit des Schweinefiebers bekannte Professor Elsbacher hat, der allgemeinen Stimmungsmache folgend, mir vorgeworfen, ich hätte mich gegen Herabsetzung der Schlachtwiegepreise ausgesprochen, und von einem Ressortpatriotismus gesprochen, der alles außerhalb des eigenen Ressorts als Ausland betrachte, dem man jeden Schaden zufügen könne. Ich habe nur meine Bedenken geltend gemacht, weil ich für die Verbraucher die schlimmsten Folgen befürchtete. Eine derartige Herabsetzung muß die Mästung verringern. Durch die stark vermehrte Abschachtung von Schweinen werden wir schon im Sommer veranlaßt sein, unseren Mindestbestand weiter anzugreifen. Wie kann da ein Professor die Stürze bestreiten, zu behaupten, daß ich mich lediglich von Ressortpatriotismus leiten ließe? Für die wichtigsten Lebensmittel

die Preise im Ausland höher

als bei uns. Der Minister gibt Zahlenbelege und schließt dann: Der Streit der letzten Monate macht die Kluft zwischen Stadt und Land nicht geringer. In dieser entscheidenden Stunde müssen wir hervorheben, was uns eint, nicht das, was uns trennt.

Staatskommissar für die Ernährungsfragen, Unterstaatssekretär Michaelis: Insbesondere in den großen Industriezentren ist eine Not eingetreten, wie sie schwerer kaum gedacht werden kann. Wir werden vor besonders durchgreifende Maßnahmen gestellt, so bezüglich Brotgetreide und Kartoffeln. Die Bevölkerung hat im dritten Kriegsjahre

nicht die Standhaftigkeit bewiesen, die man erhoffen mußte. Wir haben bei den Städten nicht mehr die nötige straffe Aufsicht geführt. Bei weiten Kreisen der Bevölkerung war innere Auflehnung gegen die Maßnahmen der Regierung zu beobachten. Mit den Brotmarken ist viel gesündigt worden. In den Wäldern wurde mehr als zulässig ausgemahlen. So hat der Mehlkonsum unsere Vorräte in der abschreckendsten Weise zum Sinken gebracht. Es gilt, mit aller Kraft

zuzufassen, solange es Zeit ist.

Der Staatskommissar, der dazu da ist, hat ein Amt der Exekutive auf diesem Gebiet. Wer will mir in den Arm fallen? Ich werde schwer, aber sachverständig eingreifen müssen. Ich bin dafür, irgendwie bestehende Mängel gegen weitere Einschränkungen in ländlichen Kreisen beiseite zu schieben. Eier, Milch, Butter, Obst, Gemüse müssen durch wirksame Organisation zur Verbesserung der Ernährung herangezogen werden. Der Gedanke an den inneren Sieg steht mir vor Augen.

Abg. Hofer (Soz. Arb.) erklärt, wenn Hunger herrscht, so sei das Junkturum die Schuld.

Abg. v. d. Osten (kons.) weist die Angriffe des Vorredners zurück. Produktionsmangel wäre die größte Gefahr für unser Land. Die wichtigste Aufgabe ist, die Mißverständnisse zwischen Stadt und Land wegzuräumen. Redner schlägt eine Resolution vor, wonach das Staatsministerium beim Bundesrat dahin wirken möge, daß die Nahrungsmittelherstellung kräftig gefördert werde, Produktionsmangel aber unterbleibe.

Staatskommissar Dr. Michaelis: Produkte, die leicht verderblich sind und täglich produziert werden, wie Milch, Eier, Frischgemüse, eignen sich nicht zur zentralistischen Behandlung. Sie in die Städte zu bringen, ist Verpackungs- und Transportfrage.

Abg. Krüger-Göppelrade (natlib.) wendet sich gegen die Forderung hoher Kartoffelpreise und verurteilt den Bestrebungen des Staatskommissars Unterstützung.

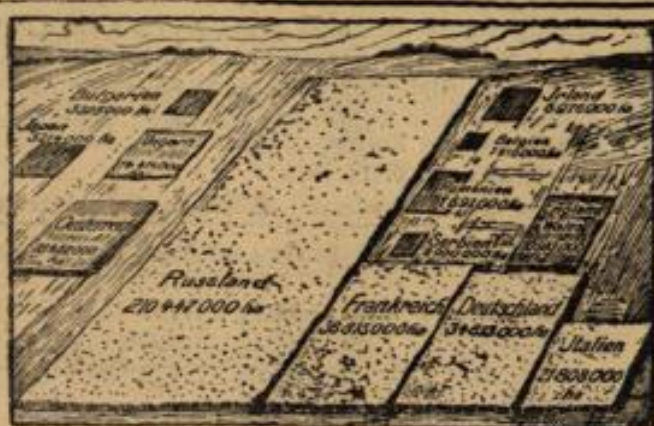
Es folgen persönliche Bemerkungen. Sodann wird die Weiterberatung auf Donnerstag vertagt.

Volkswirtschaftliches.

3. Berlin, 7. März. An der Börse machten die Meldungen über einen angeblich geplanten Abbruch der diplomatischen Beziehungen Chinas zu den Mittelmächten einen Eindruck, die Tendenz gestaltete sich vielmehr fest, wenn auch das Geschäft nicht sonderlich rege war.

3. Berlin, 7. März. Warenmarkt. Rohwolle. Serrabella 38-48, Kuntelamen 80-89, Soatupinen 40-45, Soatwiden 40-45, Soatwiden 37,50-70, Soatpelusken 35, Soat-Pferdebohnen 42-45, Ackerbohnen 35, Soatgrasfah 100, Soatfah 230-240, Timotee 93, Serraballacheu 4, Heidekraut 5,50, Kuntelamen 2,00, Pferdebohnen 4,50, p. 50 Kilo ab Station: Wiesenhau 9,50-10,30, Kleeheu 11-12, Timoteehau 10,75-11,75. Aienel

Stroh 4,00 4,60. Raschennestroh 3,75-4,10, Soatfah 1,50 p. 50 Kilo frei Haus.



Statistik des Getreideanbaues.

Sie haben so viel mehr Getreideboden als wir — aber das Haushalten können sie uns nicht nachmachen, zumal sie wegen des Tiefstandes ihrer Volkswirtschaft viel weniger pro Hektar ernten als wir.

Letzte Nachrichten.

Die französische Kammer hat eine Vorlage über die Einstellung von Strafgefangenen in die Einheiten der Kämpfer und ihre Verwendung zu Verteidigungsarbeiten angenommen.

Auslieferung der „Appam“ an England.

Reuter meldet aus Washington: Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten hat die Beschlagnahmeverfügung des Gerichtshofes von Virginia gegenüber dem von einer deutschen Frisenschiffung nach Hampton Road gebrachten Dampfer „Appam“ bestätigt. Dieser Beschluß der höchsten Instanz bestimmt, daß die „Appam“ den Engländern ausgeliefert wird.

Schamlose Verleumdung.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ hat in ihrer Ausgabe vom 29. Januar 1917 eine Aufschrift von deutschfeindlicher „lettischer Seite“ veröffentlicht, in der u. a. behauptet wird, in den letzten neun Monaten seien 2000 Letten — 2 Prozent der lettischen Bevölkerung wegen „Hochverrats“ hingerichtet worden. Damit diese ungeheuerliche Nachricht glaubwürdig erscheine, wird die im deutschen Okkupationsgebiete selbst herausgegebene „Mittelsche Zeitung“ (ohne Angabe eines Datums) als Quelle genannt. Angestellte Ermittlungen haben, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ mitteilt, ergeben, daß die „Mittelsche Zeitung“ niemals eine derartige Mitteilung gebracht hat. Die Wahrheit ist, daß im gesamten in Betracht kommenden Etappengebiete einschließlich des Gouvernements Libau seit 1. April 1916 32 Letten wegen Kriegsverrats zum Tode verurteilt worden mußten; von diesen sind 26 hingerichtet worden.

Die Behauptung der angeblich „lettischen Seite“ in der „Neuen Zürcher Zeitung“ beruht also — so bedauerlich es ist, daß in den angeführten 26 Fällen mit der vollen Strenge des Kriegsrechts eingeschritten werden mußte — auf freier Erfindung.

In Heilsberg verbrannte ein vierjähriges Kind in Abwesenheit seiner Mutter, weil seine Kleider am Ofen Feuer fingen.

In Beuthen wurde der Wälschearbeiter Franz Kurtaf erstochen aufgefunden.

In Königshütte erschoss ein Bursche von 16 Jahren seine Tante durch unvorsichtige Handhabung eines Revolvers.

Oesterreichischer Kriegsbericht.

Wien, 7. März.

Amlich wird verlautbart:

Deutscher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der Tiroler Ostfront fanden in mehreren Abschnitten Gefechte mit günstigem Ausgang für unsere Waffen statt.

Eine feindliche Abteilung, die gegen unsere Stellungen in der Mündung des Masobaches vorging, wurde vertrieben. Zwei Nachtragskräfte der Italiener auf unsere Costabella-Stellung schickerten am frühen Morgen unserer Truppen. Ein feindlicher Angriffsvorstoß gegen den Monte Sief brach schon in unserem Sperrfeuer zusammen. Die dortige Sprengung, die unsere Stellungen galt, hat nur die italienischen beschädigt.

Der Stellb. d. Chefs d. Generalst.: v. Doefler, Feldm.

Gerichtssaal.

Der Schiffmann-Prozess, der Prozess gegen den jugendlichen, aus Gallien eingewanderten, ohne jegliche Sachkenntnis lediglich mit Hilfe frecher Klaffe in unglaublich kurzer Zeit zu einem der Gehaltbarsten des Grundstücksmarktes emporgestiegenen Schwindler, ist nach fast halbjähriger Dauer zu Ende gegangen. Das Gericht verurteilte den Menschen, der zahllose Leichtgläubige um Riesensummen gebracht hat, zu zehn Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust, ein Jahr sechs Monate wurden auf die Untersuchungshaft angerechnet. Gegen die Frau des früheren Staatsanwalts Ahrens, frühere Sekretärin Schiffmanns, erkannte das Gericht auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis unter Anrechnung von fünf Monaten Untersuchungshaft.

10 300 Mark Geldstrafe. Wegen Kriegswuchers und Heberheerung der Höchstpreise hat die Strafkammer in Graubenz, den Getreidehändler Fritz Schmitz zu 10 300 Mark Geldstrafe, im Vermögensfalle zu 1 Jahr 80 Tagen Gefängnis verurteilt.

Totales.

Don Mai ab kein Bier mehr in Norddeutschland. Die Brauereien haben seit dem 15. Februar von der Reichsgetreidekasse keine Gerste mehr erhalten, und die vorhandenen Vorräte dürften nicht länger wie höchstens zwei Monate ausreichen. Auf ein Gesuch der Brauereiverbände um Gerste hat die Reichsgetreidekasse geantwortet, daß die Gerste in erster Linie für die menschliche Ernährung zur Streckung von Brot und zur Erzeugung von Ersatzkaffee bestimmt sei, und daß sie daher für Brauwende nicht mehr zur Verfügung stehe.

Preisansätze für Feindbesatz! Vom Kriegsausfluß für Feile und Fette, Berlin NW., Unter den Linden 68a ist für die Herstellung eines Ersatzmittels für Velnöl aus heimischen Rohstoffen ein Preisansatz erlassen worden. Bewerbungen müssen bis zum 1. Juni erfolgen. Nähere Mitteilungen über die Bedingungen sind durch den Kriegsausfluß (Wissenschaftliches Referat) zu erhalten.

Lebensmittelvorräte der Heeresverwaltung.

Trotz wiederholter Aufklärung ließ man immer wieder, daß die Heeresverwaltung größere Verpflegungsvorräte an sammle, als zur Erhaltung der Schlagenfertigkeit des Heeres unbedingt nötig sei. Den Verfassern solcher Äußerungen ist die Organisation der Verpflegung und besonders des Nachschubs anscheinend nur oberflächlich bekannt. Sonst würden sie wissen, daß die Heeresverwaltung Vorratswirtschaft treiben muß, um der Verpflegung die erforderliche Stetigkeit zu sichern. Unterbrechungen in der Zufuhr können zum Verhängnis werden. Die täglich aus der Heimat in das Feld nachzuschickenden Mengen der verschiedensten Verpflegungsmittel füllen viele Eisenbahnzüge und Schiffstransporte aus. Ihr Ersatz in den heimischen Magazinen läßt sich nicht jedesmal so regeln, daß die weitere Verendung nach vorn sofort möglich ist. Unmittelbar vor und nach der Ernte verfließt der Zufluß von Getreide und Getreideerzeugnissen usw. fast gänzlich und kommt erst nach und nach wieder in Fluß. Ein Teil der Vorräte bedarf überdies zunächst sorgfältiger Bearbeitung in den Magazinen, bevor er verbrauchbar ist. Bei Gegenständen, die vom Ausland bezogen werden, spielen die wechselnden Einfuhrmöglichkeiten eine Rolle. Schließlich stellen Störungen und Hemmnisse im Eisenbahn- und Schiffsverkehr und andere Imponderabilien einen nicht unwesentlichen Faktor in der Rechnung dar. Auch für etwaige schnell einsetzende Heeresverpflichtungen, Truppenverschiebungen und für Portionserhöhungen usw. müssen Vorräte in den einzelnen Magazinen angesammelt werden. Sie mögen dem Nichteingeweihten vielleicht sehr umfangreich erscheinen, sie bedeuten aber im Vergleich zu dem täglich zu befriedigenden Gesamtbedarf ein nur geringes Mehr. Eine derartige, wie sie oft bezeichnet wird, Vorratspolitik ist die Grundlage für die rechtzeitige und ausreichende Verpflegung des Heeres. Ohne sie kann die Heeresverwaltung ihre schwere Pflicht — die unbedingte Erhaltung der Schlagenfertigkeit des Heeres — nicht erfüllen. Daran möge jeder denken, der von übermäßiger Vorratsanhäufung spricht oder sprechen hört.

Beschleunigte Ablieferung von Brotgetreide, Gerste und Hülsenfrüchten. Das Kriegs Ernährungsamt gibt bekannt: Die Abnahme von Hafer für die Heeresverwaltung ist im Februar auf solche Vorräte, die kein Brotgetreide und keine Gerste mehr abzuliefern haben, beschränkt worden. Diese Einschränkung

bleibt mit Zustimmung der Heeresverwaltung auch noch im März bis auf weiteres bestehen. Die Landwirte müssen daher noch weiterhin in erster Linie Brotgetreide und Hülsenfrüchte ausdreschen und abblößen, bis die Bestände hiervon die unbedingt erforderliche Höhe erreichen. Nicht betroffen wird durch die angeordnete Einschränkung der Haferabnahme die Lieferung von Hafer für die Hafermehlherstellung, auf die zur Vermeidung von Störungen der Hafermehlherstellung größtes Gewicht gelegt werden muß. Auf die Verendung von Hafer für Nahrungsmittel zwecks bezieht sich auch die gleichzeitig verfügte Einschränkung der Waggengestellung für Haferverendungen nicht. Auf eine Beschleunigung der Stellung von Wagen und der Lieferung der Sack für Brotgetreide, Gerste und Hülsenfrüchte ist hingewiesen worden.

Bierstadt. Auf die Wichtigkeit der Bekanntmachung dieser Nummer sei besonders hingewiesen. — Die Urlaubssperre, die wegen dem Verkehrsbehinderung eingeführt wurde, dürfte über den 15. März nicht ausgedehnt werden.

Bierstadt. Nach einer Verfügung im „Armee-Verordnungsblatt“ ist von den diesjährigen Frühjahrskontrollversammlungen abzusehen.

Bierstadt. Das Besoldungsgeld für kommandierte Mannschaften ist mit Wirkung vom 1. Febr. von 1,50 M auf 2 M pro Tag erhöht worden. Davon werden berechnet für die Mittaglosh 95 P, für Abendlosh 75 P und für Morgenlosh 30 P. Dort, wo größere Mengen auf Selbstverpflegung angewiesener Mannschaften vorhanden sind, wurden besondere Rüchen eingerichtet, in denen die Mannschaften zu diesen Preisen Verpflegung bekommen. Die übrigen Mannschaften, die nicht an einer solchen Küche teilzunehmen in der Lage sind, werden natürlich mit den 2 M pro Tag bei den heutigen Lebensmittelpreisen keineswegs auskommen können.

Bierstadt. Kriegswitwen werden öfter aufgefordert sich an irgend einem Ruckus zu beteiligen. Dabei werden vielfach große Verdienstmöglichkeiten in Aussicht gestellt. Meistens tragen die Unternehmen Bezeichnungen, die den Anschein erwecken, als ob es sich um Wohltätigkeitsunternehmen oder soziale Fürsorge für Kriegshinterbliebene handle. Den Kriegshinterbliebenen wird in ihrem eigenen Interesse geraten, sich vor Beteiligung an irgend einem Unternehmen oder Beihülfsbeitrag bei der örtlichen amtlichen Fürsorgestelle oder bei der Krieges- und Waisenfürsorge in Berlin W 30 Münchenerstr. 49 über die Gegebenheit des betreffenden Unternehmens zu erkundigen.

Bierstadt. Ab heute fallen auf der Strecke zwischen Koblenz und Köln die Sitzzüge Nr. 247 Wiesbaden ab 8³⁰ Uhr vorm. und 252 Wiesbaden an 11⁴⁴ Uhr vorm. bis auf weiteres aus. Von Frankfurt über Wiesbaden bis Koblenz, ebenso umgekehrt bleiben die Sitzzüge bestehen.

Wiesbaden. Schüler als Schneeschipper. Zum ersten Mal in diesem Winter haben sich gestern vorm. verschiedene Schülerabteilungen unter Aufsicht der Lehrer als Schneeschipper verdient gemacht. Der Eifer mit dem sich die Jungen ihrer neuen Aufgabe widmeten, war lobenswert und stolz trugen sie ihre zum größten Teil funktionsfähigen Schaufeln von einer Straßenecke zur anderen. Sie haben bewiesen, daß beim Schneeschippen 20-30 muntere Jungen sehr wohl ein paar tüchtige Arbeiter ersetzen können. — Zu dem Kohlenhändler Bl. kam kürzlich während der Zeit des Kohlenmangels eine Frau, um sich einen Eimer Kohlen zu holen. Bl. wies sie ab mit dem Bemerkung, daß den Eimer da fallen zu lassen, wo er sonst gefüllt werde, und verweigerte auch die Kohlen noch, als die Frau erklärte, daß sie erst vor einigen Tagen hierher gezogen sei und hier noch nie Kohlen gekauft habe. Die Polizei nahm den Kohlenhändler wegen dieses Vorfalls in eine Strafe von 30 M. Dagegen erhob er Widerspruch. Die Schöffen erhöhten die Strafe auf 50 M. und bürdeten ihm noch die Kosten auf.

Stärke die Wirtschaftskraft des Vaterlandes durch Förderung der bargeldlosen Zahlung. Beantrage, falls Du noch kein Scheck- und Ueberweisungskonto hast, ein solches bei Sparkasse oder Bank!

Wiesbadener Theater.

Königliches Theater.
Freitag, 9. 4. Symphonie-Konzert. 7 Uhr.
Samstag, 10. Polenblut. 7 Uhr.

Residenz-Theater, Wiesbaden.
Freitag 9. Volksvorstellung „Gogierbeuch“. 7³⁰ Uhr.
Samstag 10. „Die Diener lassen bitten!“ 7 Uhr.

Kath. Kirchengemeinde.

Bierstadt.
Freitag, 23. 8 Uhr: Fasten-Anacht.
Werktag 24. Messe 7,30 Uhr.

Bekanntmachungen.

Gemäß § 5 der Verordnung des Kreisausschusses über Lebensmittelkarten vom 22. Febr. wird für den Gemeindebezirk bestimmt:

1. Auf Bezugsabschnitt 1 der Lebensmittelkarte entfällt Marmelade (Kunsthonig, Milbenfett)
2. Auf Bezugsabschnitt 2 der Lebensmittelkarte entfällt Sauerkraut
3. Auf den Bezugsabschnitt 3 entfallen Nahrungsmittel
4. die Bezugsabschnitte 1, 2 und 3 sind bei den durch ein Aushängeschild

„Verkauf von Erzeugnissen aus Gemüse und Obst u. von Nahrungsmitteln auf Lebensmittelkarten der Gemeindeverwaltung“

gezeichneten Gesäften gegen Rückgabe der Quittungen 1, 2 und 3 abzuliefern und zwar am 17. März cr. 5. Die Ware selbst wird 8 Tage nach Ablieferung der Bezugsabschnitte in den Gesäften gegen Rückgabe der Quittungen zur Verfügung stehen.

Bierstadt, 8. März 1917.

Der Gemeindevorstand. Hoffmann, Bürgermeister.

Das Mitbringen von Hunden auf das hies. Rathaus ist verboten.

Bierstadt, den 8. März 1917.

Der Bürgermeister: Hoffmann.

Kriegswirtschaftsstelle des Landkreises Wiesbaden.

Unsere Lebensmittel sind außerordentlich knapp besonders herrscht großer Mangel an Kartoffeln.

Es ist von größter Wichtigkeit, so rasch es die Natur erlaubt neue Lebensmittel zu produzieren und sie der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen.

Zu diesem Zweck ist der möglichst umfangreiche Anbau von Frühgemüse erforderlich.

Der Kommunalverband hat leistungsfähige Gärtnereien beauftragt, die von oberirdischen Kohlraben, Früh-Wirsing, Früh-Weißkohl und -Kohlrabi und Sellerie und Zucchini in großer Anzahl heranzuziehen, die zu angemessenen Preisen den Landwirten zur Verfügung gestellt werden.

Bei den hohen Preisen für Frühgemüse wird sicher der Anbau von Frühgemüse ein lohnendes Geschäft sein.

Die Bestellungen auf Setzlingen sind baldmöglichst hier einzureichen. Außer Setzlingen können zum Gartenanbau noch folgende Samen in bester Qualität zu mäßigen Preisen abgegeben werden:

Erlaubt Bohren Spinat Zwiebeln Salat Mören Bestellungen hierauf sind ebenfalls bald hierher einzureichen.

Wiesbaden, den 27. Februar 1917.

von Heimbürg.

Bestellungen sind umgehend auf der Bürgermeisterei einzureichen.

Bierstadt, den 8. März 1917.

Der Bürgermeister: Hoffmann.

Diejenigen Angehörigen von gefallenen Kriegsteilnehmern, welche noch kein Gedenkblatt erhalten haben, wollen sich bis spät. zum 15. März auf der Bürgermeisterei melden.

Bierstadt, den 8. März 1917

Der Bürgermeister: Hoffmann.

Samstag, den findet auf der 11. März cr. Bürgermeisterei hier selbst die Auszahlung der Gemeindefürsorgegelder für die hiesigen Kriegerfrauen statt und zwar wie folgt:

an die Frauen mit dem Anfangsbuchstaben A bis M von 1 bis 2 Uhr Nachmittags

an die Frauen mit dem Anfangsbuchstaben N bis S von 2 bis 3 Uhr Nachmittags.

Bierstadt, 8. März.

Der Bürgermeister: Hoffmann.

Das stellv. Generalkommando hat am 26. Februar be-

stimmt:

1. Sämtlicher Dünger von Militärpferden berittener Truppenteile der im Bereich des 18. A.R. in den Monaten Febr.-April anfällt, ist, soweit er nicht von diesen Truppenteilen im eigenen Betriebe gebraucht wird, an Gemüsegärtner und Handelsgärtnerbetriebe, die sich zur Anzucht von Frühgemüse verpflichtet haben, sowie an Landwirte, welche selbständigen Gemüsebau treiben, abzugeben.

2. Die berittene Truppenteile dürfen den Dünger nur an Personen abgeben, die eine von der Kriegswirtschaftsstelle (Landrat) ausgestellte Bezugsbescheinigung auf eine bestimmte Menge haben.

3. Die berittene Truppenteile haben nach Möglichkeit den Dünger selbst anzufahren, soweit es sich um Beförderung von Gemüsegütern usw. handelt. Die Beförderung der Kriegswirtschaftsstelle hat gegebenenfalls ein Vermerk zu enthalten, daß dem Gemüsegärtner das Abholen unmöglich ist.

Das Ersatzdepot in Wiesbaden hat dazu bemerkt, daß der Dünger dort feiner in 2-spännigen Kastenwagen, haltend 30-35 Ztr Düng abzugeben worden und die Bezugsbescheinigung für ganze oder halbe Wagen ausstellen sei.

Bierstadt, den 6. März 1917.

Der Bürgermeister: Hoffmann.

—————

Gedenkt der hungernden Vögel

Ein Stück Ackerland oder Garten zu pachten gesucht. Adlerstraße 4, 1. Stock.

Eine 3 oder 4 Zimmer Wohnung sofort oder später zu vermieten.

Hofmann, Schulstraße 1.

Tüchtige Schneiderin empfiehlt in Anfertigung und Umändern von Damenkonfektion. Näher in der Druckerei dir. S.

Eine

3-Zimmer-Fremdwohnung

mit Zubehör zu vermieten zum 1. März. Zu erfahren in der Geschäftsstelle des Blattes.

Schwarze Kleidung

als Spezialität der Firma stets in grosser Vielseitigkeit am Lager.....



Bestellungen werden sofort erledigt.

Telef. 6365

S. GUTTMANN

Württemberg's Billiges Angebot

Porzellanwaren

Teekannen, echt Porzellan	25 Pf.
Obertassen mit Goldrand Stück	20 „
Tassen mit Untertassen, bunt	25 „
Kuchenteller	28 „
Speiseteller, flach	15 „
Frühstücksteller	15 „

Handkörbe
Waschkörbe
Markttaschen

in größter Auswahl.

Steingutwaren

Speiseteller, flach	Stück 10 Pf.
Fleischplatten	95, 65 45 „
Milchkoher	95, 85 75 „

Wasch-Service

reichste Auswahl zu bekannt billigen Preisen.

Einkoch-Apparate in bestbew. Ausführ.
Einkochgläser in allen Größen.

Glaswaren

Wassergläser	Stück 12 Pf.
Glasteller ff. Muster	20, 18, 12 „
Bierbecher mit Goldrand	Stück 15 „
Butterdosen, ff. Muster	45 „
Zuckerzhalen	15 „
Salzmenagen	8 „

Kochkisten

in bewährter Ausführung billigst.

Wieder eingetroffen: Fleischhackmaschinen

in allen
Größen

Kaufhaus A. Württemberg

Telephon 824.

Wiesbaden

Neugasse 11.

G.
m.
b.
H.